

Zeitschrift: Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst

Band: 8 (1918)

Heft: 8

Artikel: Die Stellung der Schweiz zur Friedensfrage

Autor: [s.n.]

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-634501>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 28.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die Berner Woche in Wort und Bild

Nr. 8 — 1918

Ein Blatt für heimatliche Art und Kunst

Gedruckt und verlegt von der Buchdruckerei Jules Werder, Spitalgasse 24, Bern

23. Februar

Zum Rücktritt des französischen Botschafter in Bern

schreibt die „Zürcher Wochenschronik“ folgende anerkennende Worte:

Mit Ende dieses Monats wird Herr Beau, der französische Botschafter bei der Eidgenossenschaft, von seinem Posten in Bern zurücktreten. Herr Beau hat sich während seiner sechsjährigen intelligenten und vornehmen Amtsführung insbesondere bestrebt gezeigt, die alten freundschaftlichen Beziehungen zwischen den benachbarten Republiken aufrecht zu erhalten. Dank seinem tiefdringenden Verständnis für die schweizerische Eigenart und für die mannigfachen Schwierigkeiten, gegen die wir infolge des Krieges anzukämpfen haben, blieb sein Verkehr mit der Bundesregierung stets ein sehr herzlicher. Man beachtete es s. B. als bezeichnend für seine ritterliche Denkart, daß Herr Beau dem demissionierenden Herrn Bundesrat Hoffmann, dessen Verhalten er offenbar

Landes lebhaft bedauert. Große Sympathien erwarb sich Herr Beau bei den Internierten seiner Nationalität und gleichzeitig auch bei allen Schweizern, die sich der Internierten-Fürsorge widmen und die durch ihn manche liebenswürdige Aufmunterung und Anerkennung erfahren haben. In der neuen Stellung, für die er in Paris aussersehen ist — als Präsident einer großen Kommission, die sich dem Studium der Transportverhältnisse zwischen Frankreich und den neutralen Ländern widmet — wird Herr Beau zweifellos bereit sein, dem wirtschaftlichen Verkehr zwischen Frankreich und der Schweiz auch künftig eine bestmögliche Förderung angedeihen zu lassen.

Als Nachfolger des Herrn Beau ist Herr Dutasta, ehemaliger Kabinettschef im Ministerium Pichon, bestimmt. Möge der neue Botschafter, der sich früher schon eingehend mit handelswissenschaftlichen Fragen beschäftigte, gerade auch auf diesem Gebiet der Schweiz gegenüber die gleiche freundliche Gesinnung betätigen, durch die uns Herr Beau zu Dank verpflichtet hat.



J.-B. P. Beau,
der französische Botschafter in Bern, wird auf Ende Februar
von seinem Posten zurücktreten.

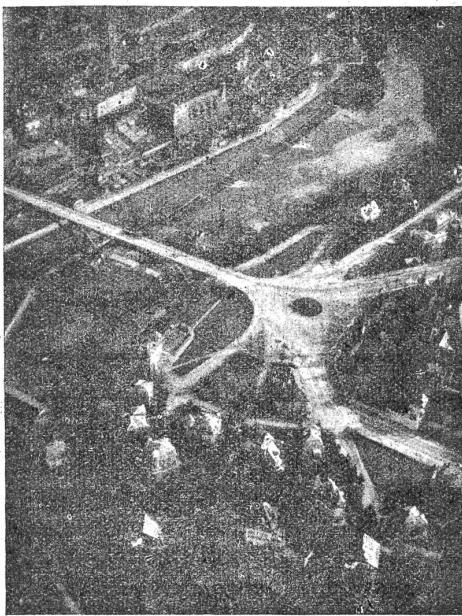
ohne Einseitigkeit beurteilte, einen Abschiedsbesuch machte. In den politischen wie auch in vielen privaten Kreisen der Schweiz wird jetzt der Wegzug dieses bewährten Freindes unseres

Die Stellung der Schweiz zur Friedensfrage.

Es liegt im ureigensten Interesse der Schweiz, daß dieser Krieg nicht mit den Waffen entschieden und daß ihn nicht ein Machtfriede sondern ein Verständigungsfriede beenden werde. Denn ein Machtfriede wäre keine Lösung der Weltfriedensfrage, sondern höchstens der Abschluß einer Epoche der großen kommenden Kriegsära. Dass in dieser neuen „großen Zeit“ die nationale Selbständigkeit unseres Landes ein sicheres, entweder tragisches oder glückliches Ende nähme, ist jedem Denkenden klar. Darum kann kein ernsthafter Schweizer Politiker einen andern Standpunkt der Friedensfrage gegenüber einnehmen als den eben angedeuteten. Besonders schön finden wir diesen Standpunkt formuliert in der Rede von Bundesrat Calonder, gehalten am schweizerischen freisinnig-demokratischen Parteitag in Bern. Die Rede ist eben in Broschürenform erschienen bei Ferd. Wyss in Bern und zwar als 1. Heft Schweizerische Probleme unter dem Titel „Die allgemeine Lage des Landes“. Die auf unser Thema bezügliche Stelle lautet:

„Die nationale Einigkeit und das volle gegenseitige Vertrauen zwischen allen unsern Landesteilen ist auch die notwendige Voraussetzung für die richtige Erfüllung unserer internationalen Mission. Ist es nicht anmaßend von einer hohen internationalen Mission der kleinen Schweiz zu sprechen? Wie waren wir uns der Kleinheit unseres Gebietes und un-

serer Bevölkerung, unserer ökonomischen und militärischen Kräfte so sehr bewußt, wie angesichts dieser ungeheuren Weltkatastrophe. Wir müßten im Gefühl unserer Schwachheit und



Neuzeitliche Platzanlage.
(Zum Artikel „Ein Bebauungsplan für Groß-Bern“.)

Ohnmacht vergehen, wenn es rein nur auf die materielle Macht ankäme. Wir vertrauen aber vor allem auf die Macht der Ideen.

Die Vorsehung hat uns die besondere internationale Aufgabe zugewiesen, Frieden und Freundschaft unter den Völkern zu fördern und der Menschheit zu beweisen, daß verschiedene Sprachstämme und Rassen auf der Grundlage gegenseitigen Vertrauens zu einer glücklichen Nation verbunden werden können. Frieden und Freundschaft nach innen und außen auf Grund der Freiheit und der Gleichberechtigung, das ist unsere Devise. Diese Ideen müssen aus sich selbst wirken, mit der ihnen innenwohnenden unwiderruflichen, aber langsam vordringenden Kraft. Wir können diese Wirkung nur durch das eigene Beispiel erhöhen, dadurch, daß wir diesen Grundsätzen in allen unseren Handlungen, in unserer auswärtigen und in unserer inneren Politik treu bleiben.

Die Größe der Ideen, in deren Dienst wir uns betrachten, darf uns nicht verführen, unsere bescheidene und delikate nationale Stellung zu verkennen, die uns insbesondere während dieses Weltkrieges zukommt. Wir wollen und können uns niemand als Friedensvermittler aufdrängen, aber vor aller Welt wollen wir uns aussprechen, daß das Schweizervolk aus eigener großer Not und aus tiefer Liebe zur Menschheit sich von ganzer Seele nach dem Frieden sehnt, nach einem aufrichtigen und dauernden, auf Freiheit und Gerechtigkeit beruhenden Frieden. Was wir in der Richtung dieses heißen Friedenswunsches der Schweiz auch unternehmen mögen, immer werden unsere Worte und unsere Handlungen offen und aufrichtig sein und keinen Zoll breit von der geraden Richtlinie unserer Neutralität abweichen.

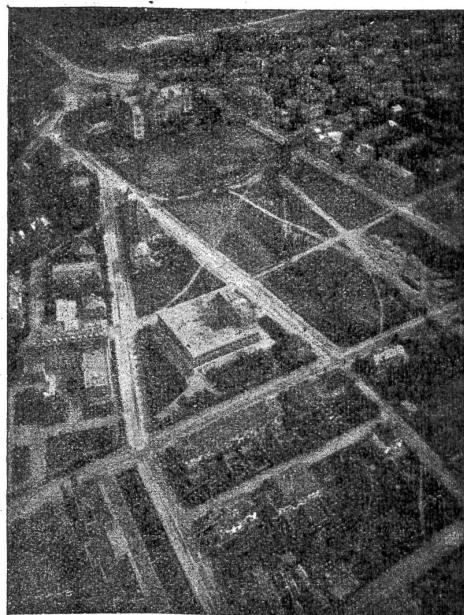
Der Idee einer neuen internationalen Rechtsordnung, durch welche die Beziehungen zwischen den Völkern der Gewalt der Waffen entzogen und der Herrschaft des Rechtes unterstellt werden sollen, bringen wir als kleiner friedliebender Staat selbstverständlich die wärmste Sympathie entgegen. Alle Bestrebungen für den Ausbau der internationalen Schiedsgerichte und für eine allgemeine weitgehende militärische Abstützung, werden wir nach besten Kräften unterstützen. Die Abrüstungsfrage ist internationaler Natur und kann nur auf internationaler Grundlage gelöst werden."

Ein Bebauungsplan für Groß-Bern.

Der Ausdruck **Groß-Bern** ist heute kein leerer Begriff mehr. Seitdem die Frage der Eingemeindung von Ostermundigen, Muri, Köniz und Bümpliz akut geworden ist, ist er mit konkreten Vorstellungen verbunden. Jahr für Jahr nähern sich diese Gemeinden dem Vorstadtschicksal. Ihre Gemärkte bevölkern sich mit Arbeitsleuten aus der Stadt, Fabrikatlagen entstehen auf ihrem Boden, da und dort wachsen Wohnkolonien heran, die die Beamten und Geschäftsleute aus der Stadt anziehen. Die Frage der Verkehrsverbindungen wird eifrig studiert; daß sie noch nicht gelöst ist, wo sie brennend geworden, wie z. B. in der Richtung Ostermundigen und in der nach Bümpliz, hat der Krieg verschuldet.

Verkehrsverbesserungen lassen sich auf spätere bessere Zeiten verschieben. Gewisse andere Aufgaben der Gemeindepolitik aber vertragen kein Zögern und Zaudern. So rächt sich z. B. ein kleinlicher und ängstlicher Geist in der Wohnungs- und Bodenpolitik unfehlbar an den späteren Geschlechtern. Die gegenwärtige Wohnungskalamität ist ein sprechender Beweis hierfür. Auch der Mangel an Vorsorge für eine ästhetische Ueberbauung der im Expansionsbereich einer Stadt liegenden Baubezirke rächt sich unbarmherzig an den kommenden Generationen. Denn wenn die Väter ziel- und wahllos gebaut, die schönsten Gegenden mit hässlichen Mietkasernen überstellt, die Aussichten verschandelt, die Monumentalbauten in Häuserkomplexen oder Terrainfalten vergraben und die öffentlichen Plätze unansehnlich und wirkungslos gemacht haben, indem sie die ganze Bauerei der privaten Laune und dem Zufall überließen, so müssen sich darob die Kinder und Kindeskinder ärgern.

Wie dieses Schicksal von den künftigen Geschlechtern Berns abzuwehren ist, lehrt uns das Vorgehen Zürichs, Basels und anderer Schweizerstädte. Zürich besitzt seit 1911 durch einen internationalen Ideenwettbewerb die Richtlinien, nach denen es die Bebauung des Stadtareals vollzieht. Solche Bebauungspläne basieren auf dem Gedanken, daß



**Zusammenhanglose Aufstellung öffentlicher Gebäude
Regellos bebautes Wohnquartier.**

sich eine Stadt nicht nach privater Willkür, sondern mit Rücksicht auf die Stadt als organisches Ganzes entwickeln soll. Es sollen dabei die Anforderungen an eine moderne Stadt zum vornherein berücksichtigt werden durch zweckmäßige